

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Tirol vom 1. Februar 2018, mit dem eine Resolution betreffend "Leistbarkeit des Wohnens, kompetenzrechtliche Rahmenbedingungen in den Bereichen Volkswohnungswesen und Zivilrecht" vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Tirol vom 2. Februar 2018, mit dem eine Resolution betreffend "Leistbarkeit des Wohnens, geförderter Wohnbau, Vorkaufsrecht für die Länder" vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 18. Jänner 2018, mit dem der Beschluss Nr. 713 betreffend "Änderung der Zählregel im Buslinienverkehr - Mehr Sicherheit für Schulkinder!" vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 29. Jänner 2018, mit dem eine gemeinsame Länderanfrage zur Abschaffung des Pflege regresses vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landesstatthalters von Vorarlberg vom 12. Februar 2018, mit dem eine EntschlieÙung des Vorarlberger Landtages vom 31. Jänner 2018 betreffend "Interessensvertretungen erhalten und reformieren" vorgelegt wird.
6. Schreiben der Landwirtschaftskammer Kärnten vom 8. Februar 2018, mit dem zwei Anträge der Vollversammlung vom 19. Dezember 2017 betreffend "Bestimmungslandprinzip bei Lebensmittelimporten einführen" sowie "Abschaffung der Kammern bzw. Beschneidung der Hebesätze" vorgelegt werden.
7. Schreiben des Sozialdemokratischen Lehrer/Innenvereins, Landesgruppe Oberösterreich vom Februar d.J., mit dem ein Antrag der Delegiertenversammlung vom 28. November 2017 betreffend "Die LKUF muss als eigenständige und autonome Kranken- und Unfallfürsorge für die Pflichtschullehrer/innen OÖs erhalten bleiben!" vorgelegt wird.
8. Schreiben des Sozialdemokratischen Lehrer/Innenvereins, Landesgruppe Oberösterreich vom Februar d.J., mit dem ein Antrag der Delegiertenversammlung vom 28. November 2017 betreffend „Vorrang für die Volksschule“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Sozialdemokratischen Lehrer/Innenvereins, Landesgruppe Oberösterreich vom Februar d.J., mit dem ein Antrag der Delegiertenversammlung vom 28. November 2017 betreffend "Gemeinsame Schule der 6-15jährigen in ganz Österreich" vorgelegt wird.

10. Schreiben des Bürgermeisters von Kufstein vom 13. Februar 2018, mit dem eine Resolution des Gemeinderates vom 7. Februar 2018 betreffend "Änderung des Bundesstraßenmautgesetzes zur Einführung der Vignettenfreiheit für Kufstein" vorgelegt wird.
11. Schreiben von 678 Gemeinden/Stellen/Institutionen, mit denen Resolutionen zur Abschaffung des Pflegeregresses vorgelegt werden.
12. Schreiben von 177 Gemeinden, mit denen Resolutionen gegen die Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe vorgelegt werden.